Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 21 (2001)
Heft: 41

Artikel: Nationalismus als politische Ideologie : zur Geschichte und Aktualität
Autor: Kühnl, Reinhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652071

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Reinhard Kühnl

Nationalismus als politische Ideologie

Zur Geschichte und Aktualität

Jede Gesellschaft steht vor der Notwendigkeit, die Integration ihrer verschiedenen Teile zu sichern, wenn sie als irgendwie einheitlicher Wirkungszusammenhang bestehen will. Eine solche Integration beruht nie allein auf Zwangsmaßnahmen des staatlichen Gewaltapparats und auf Furcht der Unterworfenen, sondern immer auch auf Konsens und Akzeptanz – jedenfalls dann, wenn ein Gesellschaftssystem über einen längeren Zeitraum hinweg existiert. In vorbürgerlichen Gesellschaften war es hauptsächlich die Religion, die den ideologischen Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft lieferte: durch Legitimation des bestehenden Herrschaftssystems aus dem göttlichen Willen und durch das Heilsversprechen, mit dem Wünsche nach Gerechtigkeit aufs Jenseits verwiesen wurden. Symbole wie Fahnen oder – im „heiligen Russland" – Ikonen machen jene Gemeinschaft anschaulich, die eigentlich unsichtbar ist. Sprache und Ethnizität spielen keine Rolle. Allenfalls benutzen die Eliten eine gemeinsame Sprache. Volksbewegungen sind sozial und religiös, aber nicht ethnisch motiviert.[1]

I.

Mit dem Aufstieg wissenschaftlicher Weltbilder, der Alphabetisierung großer Bevölkerungsmassen und der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung konnte die Religion diese Integrationsleistung nicht mehr vollbringen. Die bürgerliche Gesellschaft optimierte die Warenproduktion marktförmig im politisch vereinigten und sprachlich vereinheitlichten Territorium. Dieser Nationalstaat schuf den Rahmen für die Ausdifferenzierung der Wirtschaft, des Rechts, der Kultur und Wissenschaften. Die bürgerliche Gesellschaft weist sowohl eine neue Selbstdefinition (mit neuen Versprechen) wie auch neue soziale Bruchlinien auf: Sie verspricht Freiheit, Gleichheit und Gemeinschaft ("Brüderlichkeit"), zersplittert aber zugleich die Gesellschaft in lauter Individuen, die ihre Interessen gegeneinander, im Konkurrenzkampf, zu verfolgen gezwungen sind. „Weil", schreibt Engels, „das Privateigentum jeden auf seine eigene rohe Einzelnheit isoliert und weil jeder dennoch dasselbe Interesse hat wie sein Nachbar, so steht ein Grundbesitzer dem anderen, ein Kapitalist dem anderen, ein Arbeiter dem anderen feindselig gegenüber. In dieser Verfeindung ... ist die Unsittlichkeit des bisherigen Zustandes der Menschheit vollendet; und diese Vollendung ist die Konkurrenz.[2]

Auf diese Problemlage gab und gibt es nach wie vor zwei prinzipielle Antworten. Die eine lautet: „Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein, und ihr seid über all diese künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus."[3] Die andere will

Integration stiften auf dem Boden des kapitalistischen Klassensystems. Da reale soziale Homogenität nicht existiert, bedarf es einer fingierten Homogenität, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewährleisten. Im Zentrum dieser Integrationsideologie steht der Nationalismus.

Der Nationalismus ist dabei insoweit auf der Höhe der Zeit, als er zwei Bedingungen erfüllt, die die Religion nicht erfüllen konnte: Er bot zum einen eine *säkuläre* Antwort an. Und er nahm zum anderen Bezug auf das *Volk* als politisches Subjekt. Insoweit erfüllte er dieselben Anforderungen wie der Sozialismus. Wie aber können die auseinanderstrebenden Kräfte des privaten Egoismus, die im Konkurrenzkampf ihren Ausdruck finden, wie auch der Interessenantagonismus zwischen Eigentümern und abhängig Arbeitenden gebändigt und in ein Gemeinsames eingebunden werden?

Dieses Gemeinsame ist die Nation, eine politische Gemeinschaft all derer, die auf einem gegebenen Territorium gemeinsam leben, die gemeinsame Sprache sprechen und ihre Zukunft gestalten. Dieser politische Begriff der Nation, wie er von der Französischen Revolution konzipiert war, erwies sich allerdings als nicht hinreichend, um die eklatanten sozialen Brüche zu überwölben. So wuchsen im Laufe des 19. Jahrhunderts die Bemühungen, eine *substanzielle* Homogenität für die Nation zu erfinden. Denn, wie uns die Apologeten des kaptitalistischen Staates gerade jetzt nach dem Wegfall des kommunistischen Feindbildes, das Integration erleichterte, immer aufs neue sagen: Die liberale Staatsidee ist eine rein negative und überhaupt nicht geeignet, Gemeinschaftsbewußtsein zu erzeugen.

II.

Die materiellen und kulturellen Voraussetzungen für die Entstehung von Nation und Nationalstaat hatten sich in Europa seit dem 16. Jahrhundert herausgebildet. Mit Reformation und Buchdruck waren – auf der Basis von Volkssprachen – überregionale Hochsprachen unterhalb des Lateinischen und oberhalb der lokalen Idiome entstanden.[4] Und deren Geltungsbereich fällt in weiten Teilen Europas zusammen mit bestehenden politischen Grenzen. Diese vereinheitlichten Schriftsprachen, schon im Absolutismus durch die Notwendigkeiten rationaler Verwaltung und durch verstärkt kapitalistisches Wirtschaften erzwungen, trugen dazu bei, die Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft zu erzeugen: die Vorstellung, es handle sich um eine räumlich bestimmte Gemeinschaft, die zudem durch geschichtliche Herkunft charakterisiert sei. Die Nation, gerichtet auf Homogenisierung, erscheint als „Historizität eines Territoriums und ... Territorialisierung einer Geschichte".[5] Nationalität wird durch materielle Praxis und durch Diskurse immer aufs neue als ethnisches Subjekt hergestellt.[6] Sprache wurde zum Identitätsmerkmal der (späteren) nationalen Gemeinschaft mystifiziert. Sprache wird nun aufgefasst als Ausdruck von Charakterstruktur und Geistesverfassung einer Nation. So konnte zur Zeit der Französischen Revolution das Französische als „Sprache der Freiheit" gekennzeich-

net werden – kontrastiert mit der Aussage: „der Föderalismus und der Aberglaube sprechen bretonisch, die Emigration und der Hass auf die Republik sprechen deutsch; die Konterrevolution spricht italienisch, der Fanatismus spricht baskisch ." [7] Nach Herder drückt sich in der Sprache der „Volksgeist" aus. [8] Eric J. Hobsbawm sieht in Bemühungen um Reinhaltung der Sprache bereits eine Analogie zu dem Kampf der Rassisten gegen Rassenmischungen.

Was die Nation zusammenhält, ist nach diesem Verständnis die gemeinsame Sprache, allgemeiner noch: die gemeinsame Kultur, die gemeinsame Geschichte und die gemeinsame Herkunft. Auf der Basis dieser Gemeinsamkeiten bildet die Nation den gemeinsamen Staat, der also den kollektiven Willen dieser substanzhaft geeinten Nation ausdrückt. Damit ist der Nationalismus am Ende des 19. Jahrhunderts als politische Ideologie in allen wesentlichen Elementen entwickelt.

Tatsächlich handelt es sich bei all diesen angeblich wesensmäßigen Gemeinsamkeiten um Fiktionen: Nirgends gab es die gemeinsame Hochsprache, bevor der Staat sie systematisch durchsetzte, vor allem durch Schulpflicht und Wehrpflicht. Sie war nicht, wie es der Mythos wollte, das archaische Fundament der Nationalkultur, die Seele der Nation, sondern sie war ein Kunstprodukt, mittels dessen „fiktive Ethnizität" konstruiert wurde.[9] In Deutschland dürften es nur Drei- bis Fünfhunderttausend gewesen sein, die im 18. Jahrhundert die Hochsprache auch nur zu lesen vermochten, und noch viel weniger, die sich tatsächlich in der Hochsprache ausdrückten. Und in Italien waren es nicht einmal 3 Prozent, die ein einheitliches Italienisch sprachen, als der Nationalstaat 1860 errichtet wurde. Von einer gemeinsamen Geschichte kann überhaupt keine Rede sein, bevor der Nationalstaat die politische Einheit herstellte. Selbst wenn man davon absieht, daß auch vor Ort der Feudalherr und der leibeigene Bauer die jeweilige Geschichte sehr unterschiedlich erlebten, hatten die verschiedenen Regionen weder eine gemeinsame Geschichte noch das Bewußtsein von einer Gemeinsamkeit. Tatsächlich war es umgekehrt: Es ist in der Regel der Staat, der die einheitliche Sprache diktiert und ebenso die Vorstellung einer gemeinsamen Geschichte samt aller damit verbundenen Mythen. Denn, wie Renan schon vor über hundert Jahren schrieb: „Kein Nationalstaat ohne Fälschung der Geschichte." [10]

Es haben sich im Gefolge der Französischen Revolution zwei Hauptvarianten von Nationalbewußtsein und Nationalismus herausgebildet. Sie unterscheiden sich dadurch, daß der Begriff „Volk" bei beiden etwas ganz Unterschiedliches bedeutet, und ebenso der Begriff der „Nation". Die Differenzen waren entscheidend für die Frage, wer zur Nation gehört und wer ausgegrenzt wird, wie politische Partizipationsrechte verteilt werden, wie die Beziehungen zwischen den Nationalstaaten und den Völkern aufgefaßt werden – also entscheidend für wesentliche Fragen der Politik. Und diese Differenzen reichen bis in die Gegenwart hinein.

III.

Ich möchte im Folgenden die innere Logik dieser beiden Modellvarianten skizzieren. Wenn ich mich dabei auf das „Modell Frankreich" einerseits und das „Modell Deutschland" andererseits beziehe, so nicht im Sinne von detailgetreuer historischer Rekonstruktion, sondern mit Blick auf die Modellkonzeptionen. In der realen Geschichte der beiden Länder, die selbstverständlich voll von Windungen und Widersprüchen war, gelangten diese Modelle nicht voll zur Verwirklichung.[11]

Das erste Modell nimmt die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution auf und leitet aus ihnen die Strukturmerkmale der bürgerlichen Demokratie ab. Die Grundlage bilden die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte sowie die Volkssouveränität. Dieses Konzept ist sowohl universalistisch als auch individualistisch: Es kennt keine wesensmäßige Differenz zwischen verschiedenen Völkern und Rassen. Und es begreift die Individuen als Träger der Menschen- und Bürgerrechte. „Volk" wird in diesem Modell verstanden als die Gesamtheit derer, die auf dem Territorium eines Staates leben und demokratisch ihre Angelegenheiten regeln. Volk ist Demos. Zur „Nation" gehören alle auf diesem Territorium Lebenden, die dazugehören wollen. Nation ist eine Willensgemeinschaft. Der Logik dieser Konzeption entspricht es, das Staatsangehörigkeitsrecht allen zu verleihen, die in diesem Land geboren werden (ius soli, Recht des Bodens).

Die gemeinsame Kultur der Nation – und als ihr Kern die gemeinsame Sprache – hat in diesem Verständnis nicht einen Ursprung, sondern ist die Folge dieser Willensgemeinschaft. Dass die These von der gemeinsamen Kultur in hohem Maße eine Fiktion ist angesichts der sozialen Zerklüftungen der bürgerlichen Gesellschaft, ist von den Theoretikern der Linken herausgearbeitet worden. Und in der Tat ist die gemeinsame Sprache, wie schon betont, in der Regel in den europäischen Nationalstaaten das Resultat des Nationalstaats mit seiner allgemeinen Schulpflicht, allgemeinen Wehrpflicht, staatlichen Bürokratie – und nicht dessen Ursache.

In Deutschland und auch in Osteuropa konnten sich solche Ideen nicht durchsetzen. In Deutschland blieben die alten Mächte – die Monarchie, der Feudaladel, die monarchische Bürokratie, die Kirchen – an der Macht. Und hier bevorzugten die Intellektuellen besonders im Gefolge der politischen Romantik eine Auffassung von Volk und Nation, die sich als bewußte Gegenposition zu den Ideen der Französischen Revolution verstand.[12] Die Intellektuellen bekämpften sowohl den Universalismus wie auch den Individualismus und setzten ihnen den völkischen Nationalismus entgegen: Nicht dem Einzelnen konnten Rechte zukommen und schon gar nicht der Menschheit, sondern nur den Völkern. Die Völker sind nun die Subjekte geschichtlichen Handelns. Die Völker werden vorgestellt als Individualitäten, als Wesenheiten mit je eigentümlichen und unveränderlichen Charaktereigenschaften. Volk wird also nicht als Demos, sondern als Ethnos[13] verstanden, Nation nicht als Willensgemeinschaft, sondern als Abstammungsgemeinschaft. Dazu gehören nach dieser Logik nur die „Deutsch-

stämmigen". Die Basis bildet das *ius sanguinis*, das Recht des Blutes, der Blutsgemeinschaft. Der Versuch der Revolutionsbewegung von 1848/49, den völkischen Nationalismus zu überwinden und sich dem amerikanischen und französischen Verfassungsdenken anzunähern, wurde vom preußischen Militarismus erstickt – wie die gesamte Revolutionsbewegung.

Die ideologischen und politischen Konsequenzen dieses völkischen Nationalismus sind sehr bedeutsam. Ich möchte das in sechs Problemfeldern zeigen:

1. Im Nationalismus generell angelegt ist die Vorstellung von Nation als Schicksals- und Kampfgemeinschaft. Im Zuge der Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfes zwischen den Nationalstaaten im 19. Jahrhundert erlangt sie in allen Formen des Nationalismus Dominanz. In Deutschland steigert sich in diesem Kontext die Vorstellung der Abstammungsgemeinschaft zur Vorstellung der Nation als Blutsgemeinschaft. *Der Nationalismus verbindet sich mit dem Rassismus.*

2. Wenn die Nation eine Abstammungsgemeinschaft mit gemeinsamen Charaktermerkmalen „von Urzeiten her" ist, dann müssen *Mythen konstruiert* werden über die gemeinsame Abstammung und die angebliche Kontinuität womöglich über Jahrtausende hin, es muß die *Geschichte in starkem Maße gefälscht* werden.

3. Wenn Völker (und nicht Individuen) die Träger von Rechten und die Subjekte der Geschichte sind, erhalten Begriffe wie „Freiheit" und „Selbstbestimmung" eine völlig andere Bedeutung als im demokratischen Verfassungsdenken: „Freiheit" ist die *Freiheit der Nation* gegenüber anderen Nationen. Die Nation kann aber nach innen hin sich durchaus als Diktatur formieren. *„Selbstbestimmung" ist national*, das heißt ethnisch begründete Selbstbestimmung, die mit politischen Partizipationsrechten nichts zu tun haben muß.

4. Es ist unzweifelhaft, daß die Erfahrung von Fremdheit eine alte Erfahrung ist und eine „vor-ideologische" Basis hat.[14] Doch im neuen Kontext des völkischen Nationalismus ermöglicht die Fiktion von der wesensmäßigen Homogenität des Volkes geradezu, oppositionelle Elemente als „Fremdkörper", als „Krankheitserreger" im „Volkskörper", kurzum als „Volksschädlinge" wahrzunehmen. Und diese Fiktion des Völkischen insistiert darauf, *ethnische „Reinheit"* herzustellen und abzusichern, also andere ethnische Gruppen von politischen Rechten auszuschließen, zu vertreiben und im Grenzfall auch physisch zu liquidieren. Die Regierung des Deutschen Reiches und die Parteien der Rechten haben bei ihrer Begründung des Gesetzes über die Staatsangehörigkeit 1913 die „Reinhaltung unserer völkischen Eigenart" (besonders gegenüber Polen und Ostjuden) ausdrücklich als ihr Ziel angegeben. Der deutsche Faschismus hat dann die letzten Konsequenzen aus den Prämissen des völkischen Nationalismus in aller Brutalität gezogen. Aber auch in den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien können gegenwärtig die Folgen dieser Ideologie analysiert werden; und ebenso in den Diskriminierungen, denen Ungarn in der Slowakei und in Rumänien und andere ethnische Minderheiten in anderen osteuropäischen

Staaten ausgesetzt sind. Die Juden können nach der Logik des völkischen Nationalismus sowieso nicht Staatsbürger mit gleichen Rechten sein. Das ist nur von einem Denkmodell her möglich, das das Volk als Demos versteht und nicht als Ethnos. Es ist deshalb kein Zufall, daß die Juden in Europa zum ersten Mal im christlichen Europa von der Französischen Revolution als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt worden sind.

5. Wenn die völkische Gemeinschaft das Ursprüngliche ist und der Staat nur als Folge, als politische Form der völkischen Gemeinschaft begriffen wird, dann lautet die Forderung: Die Grenzen des Staates müssen mit den Grenzen der völkischen Gemeinschaft übereinstimmen. Der Ausgrenzung ethnischer Minderheiten im Innern des völkischen Staates entsprechen also Expansionsforderungen nach außen, um „unerlöste" Teile der eigenen völkischen Gemeinschaft heimzuholen – „Heim ins Reich", wie die Forderung im deutschen Faschismus dann hieß. Auch hier zeigt der Fall Jugoslawien, insbesondere in der Beziehung zwischen Serben und Kroaten, alarmierendes Anschauungsmaterial. Käme das Prinzip, daß die ethnische Gemeinschaft die Grundlage der Grenzziehung und der Staatsbildung zu sein habe, in Osteuropa z.B. konsequent zur Anwendung, so stünde bald die gesamte Region in Flammen.

6. Wenn es sich bei Völkern um unterschiedliche Wesenheiten handelt, deren einziges Existenzrecht die Entfaltung ihrer Wesenszüge bildet, dann kann es keine Völkergemeinschaft geben, sondern nur das Recht des Stärkeren. So formulierte schon die deutsche Reichsregierung im Ersten Weltkrieg das Prinzip „Not kennt kein Gebot" (nachdem das neutrale Belgien überfallen wurde). Und der deutsche Faschismus proklamierte dann knapp und klar: „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt."

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß jener Begriff von Nation und Nationalstaat, wie er in Europa im Gefolge der Französischen Revolution entwickelt wurde, politische Dimensionen enthält, die dem völkischen Nationalismus völlig abgehen: Er ermöglicht ein demokratisches Verständnis von Volk (als Demos) und ein universalistisches Verständnis von Menschenrechten.

IV.

Politische Ideologien können bekanntlich Massenwirksamkeit nur dann erzielen, wenn sie mindestens zwei Bedingungen erfüllen: Sie müssen erstens real existierende Probleme aufgreifen und darauf Antworten geben, real existierende Wünsche und Hoffnungen aufgreifen und ihre Erfüllung verheißen. Und sie müssen zweitens an Alltagserfahrungen anknüpfen, so daß die Lösungsvorschläge eine gewisse Evidenz erlangen. Dem Nationalismus gelingt beides. Er greift die sozialen Zerklüftungen und die Sehnsucht nach gesicherter Zukunft und nach Gemeinschaft auf und benennt die Bedingungen für die Erfüllung dieser Wünsche der Bevölkerung: Harmonie nach innen, das heißt auch Eliminierung der Störelemente, und Stärke nach außen, um im internationalen Konkurrenzkampf durchsetzungsfähig zu

sein – die Nation als Schicksals- und als Kampfgemeinschaft. Der Nationalismus fungiert einerseits als Kampfinstrument gegen die sozialistische und internationalistische Linke und andererseits als Mobilisierungsideologie für den ökonomischen Konkurrenzkampf, für Imperialismus und Krieg.

Die Nation als „vorgestellte Gemeinschaft" (Anderson) derer, die sich tatsächlich unbekannt sind, kann insbesondere dann entlang ethnischer Linien gegen „die anderen" mobilisiert werden, wenn Bedrohungsängste zunehmen. Für die herrschenden Kräfte liegt es dann nahe, die drängenden sozialen Probleme als solche auf ethnische Überfremdung zurückzuführen, oder die eigenen Aggressionen eben auf den äußeren Feind zu lenken, auf „Sündenböcke".

Was nun die Gemeinsamkeit der Sprache und der Kultur und den Bezug auf den gemeinsamen Staat angeht, so scheinen alltägliche Erfahrungen bis heute diese Gemeinsamkeit nachhaltig zu bestätigen. Das Bewußtsein, daß „wir" seit undenklichen Zeiten eine Gemeinschaft bilden, wird durch historische Mythenbildung schon im Kindheitsalter im Bewußtsein verankert und durch nationale Symbole permanent befestigt. Der Aufstieg von Sportwettkämpfen zu nationalen Schauspielen und rassistischen Kundgebungen sowie deren enorme Intensivierung durch die Massenmedien haben die Vorstellungwelt „Wir Deutsche", „Wir Schweizer", „Wir Briten", „Wir Amerikaner" versus „die Anderen" auch im letzten Dorf verankert. Bahnbrechend war hier die politische Instrumentalisierung der Olympiade von 1936 durch den deutschen Faschismus.

V.

Es scheint, daß dem nationalstaatlichen Denken und dem Nationalismus in wachsendem Maße der Boden entzogen wird durch Internationalisierung und Globalisierung. Tatsächlich gehen dem Nationalstaat einige Kompetenzen, die er sich von 18. bis zum 20. Jahrhundert angeeignet hat, nun wieder verloren an die von kapitalistischen Interessen bestimmte Weltwirtschaft, an supranationale Institutionen. Die Politik des Nationalstaates, mittlerweile weit entfernt von der Fähigkeit, eine territorial definierte Volkswirtschaft als „Nationalökonomie" zu gestalten, ist mehr und mehr darauf konzentriert, dem global agierenden Kapital günstige Verwertungsbedingungen zu schaffen. Dies muß jedoch nicht bedeuten, daß der Nationalismus seine ideologische Potenz verlieren wird. Mindestens für die entwickelten kapitalistischen Länder[15] sprechen mehrere Gründe dafür, daß der neue Nationalismus noch lange sehr einflußreich, ja die zentrale Integrationsideologie bleiben wird.

Erstens: Die Ungleichheit, die der Kapitalismus sowohl weltweit wie auch innerhalb der Nationalstaaten produziert, wird trotz wachsenden gesellschaftlichen Reichtums nicht geringer, sondern größer. Dabei behält der Nationalstaat noch für längere Zeit zentrale Funktionen: Auch die multinationalen Konzerne nutzen nicht nur die Infrastruktur der Nationalstaaten, sondern auch die sozio-kulturellen Unterschiede zwischen den

Nationalstaaten, denn die Standortkonkurrenz funktioniert auf der Basis solcher sozio-kultureller Spezialisierung. Und diese Konzerne stützen sich selbstverständlich auch zur Absicherung ihrer Vertrags- und Besitzrechte in den einzelnen Nationalstaaten und ihrer globalen Aktivitäten auf das Gewaltpotential, das die kapitalistischen Staaten (und Staatenzusammenschlüsse) zur Verfügung stellen. Und wie der gesellschaftliche Reichtum verteilt wird, welches Maß an sozialen Rechten und Absicherungen existiert, haben die kapitalistischen Staaten nach wie vor sehr unterschiedlich geregelt. Es hängt dies vom politischen Kräfteverhältnis in den einzelnen Ländern ab sowie von nationalen Traditionen. Der Nationalstaat ist also nach wie vor ein zentrales Kampffeld, auf das alle politischen Akteure sich beziehen müssen.

Zweitens: Die Nationalstaaten erscheinen – trotz aller Globalisierung – in der Wahrnehmung der großen Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor als die bestimmenden Akteure im internationalen Konkurrenzkampf. Jene Ideologie, die für die existentiell entscheidende Linie zwischen „uns" und „den anderen" die Nationalität erklärt, erhält ständig neue Plausibilität und Akzeptanz durch Alltagserfahrung. Und die zur Rechtfertigung der kapitalistischen Wirklichkeit bemühten sozialdarwinistischen Menschen- und Weltbilder verleihen dem Nationalismus zusätzliche Schubkraft. So gelingt auch eine Verbindung des traditionellen Nationalismus und seiner Ausgrenzungsparolen mit neoliberalen Elementen und mit einer modernisierten Form der Rechten, wie sie etwa von der FPÖ Haiders und der Regierung Berlusconis in Italien repräsentiert wird.

Es ist drittens richtig, daß die politische Ideologie, die die Nation ins Zentrum setzt, vor allem die ökonomische und ökologische Wirklichkeit nicht mehr erfasst. Das ist aber nichts gänzlich Neues. Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, daß der Nationalismus auch dann mächtige Wirkungen in der gewünschten Richtung entfalten kann, wenn es ökonomisch und politisch schon längst um anderes geht. Ich nehme als Beispiel den Ersten Weltkrieg: Das Kapital in Deutschland hatte die nationalen Grenzen längst gesprengt; der internationale Waren- und Kapitalverkehr hatte sich in hohem Tempo entwickelt. Und die Firma Krupp verkaufte ihre Patente für Geschoßzündungen auch an englische Firmen, die dann nach dem Krieg für jedes einzelne der damit versehenen Geschosse präzis an Krupp abzurechnen hatten.

Der Erste Weltkrieg brachte einen gigantischen Aufschwung des traditionellen Nationalismus: des von oben geschürten wie des eigendynamischen. Einerseits wurde der Nationalismus vereinnahmt von solchen kapitalistischen Interessen, die über den Nationalstaat längst hinaus waren (wenngleich sie den Nationalstaat nach wie vor als Machtinstrument benötigten). Und andererseits wurde der Nationalismus auch instrumentalisiert von den Teilen der herrschenden Klasse, die aus der vorangegangenen Gesellschaftsformation übriggeblieben waren und für die der Begriff der Nation gänzlich fremd war. Die Aristokratie war nämlich überwiegend übernational: Die Fürstenhäuser Europas waren im 18. und 19. Jahrhundert

untereinander versippt und verschwägert, sprachen in der Regel nicht die Landessprache, sondern lateinisch oder französisch. Und wer wo regierte, diese Frage hatte mit der nationalen Zugehörigkeit überhaupt nichts zu tun. Sie sahen sich als gänzlich abgehoben vom Volk und witterten im Begriff der Nation bereits eine Gefahr: den Plebs und die jakobinische Revolution. Das hinderte sie aber nicht daran, den nun einmal vorhandenen Nationalismus für ihre Interessen kräftig zu nutzen.

Kurzum: Der Nationalismus ist wegen seiner breiten Fundierung und seiner Instrumentalisierbarkeit auch für politische Ziele verwendbar, die mit dem Nationalstaat nicht viel zu tun haben. Da die Ursachen seiner Wirkungsmacht nach wie vor bestehen, da er ein hohes Maß an Eigendynamik erreichen kann und da eine Ersatzideologie, die für die herrschende Klasse dasselbe leisten könnte, derzeit nicht einmal in Umrissen erkennbar ist, haben wir mit fortdauernden nationalistischen Mobilisierungsversuchen zu rechnen. So ist der CDU-Politiker W. Schäuble überzeugt: Die Gesellschaft „braucht einen zentralen Bestand an Gemeinsamkeit, an Grundüberzeugungen, an Werten... Das Band, das ein solches Gemeinwesen zusammenhält und Identität stiftet, ist die Nation" (FAZ, 6.07.1994). Nicht die Verfassung, nicht die Marktwirtschaft, nicht Europa und nicht die NATO, aber auch nicht das christliche Abendland, sondern: „Die Nation".

Der Nationalismus fungiert also für die gemäßigte Rechte als das ideologische Hauptmittel von Integration. Das hat sie aber offenbar gemeinsam mit der extremen Rechten, und sie genierte sich nicht einmal, von ihr die Parole „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" sozusagen parteioffiziell zu übernehmen.[16] Als dringlich erwies sich allerdings für sie – ebenso wie für die „neue Mitte" –, daß jene Gewalttätigkeiten der extremen Rechten eingedämmt werden, die durch die Weltpresse gehen und das „Ansehen Deutschlands" (Bundeskanzler G. Schröder), das heißt vor allem die Chancen für den Export von Waren und Kapital und für den Import von hochqualifizierten Arbeitskräften, beschädigen könnten. Solchen Standort-Interessen dient auch der Antrag auf Verbot der NPD, den man allerdings auch aus demokratischen Gründen befürworten muß.

Anmerkungen

1 Dazu E. J. Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Frankfurt / New York, 1991, 90f.
2 F. Engels: Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie. MEW 1, 513, Berlin 1970
3 MEW 1, 515.
4 Dazu B. Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt / New York, 1993.
5 N. Poulantzas: Staatstheorien. Hamburg, 1978, 107 (Die Nation).
6 Siehe dazu auch E. Gellner: Nationalismus und Moderne. Berlin, 1991; Ders.: Nationalismus, Kultur und Macht. Berlin 1990.
7 Barrère am 27.1.1794 im Konvent, zit. nach Ö. Öner: Nationalismusinterpretationen: Eine Bilanz. Diss., Marburg 2001, 129.

8 J. G. Herder: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Werke Bd. 1, 1984, München.

9 Dazu E. Balibar, in: E. Balibar, I. Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Hamburg, 1990.

10 E. Renan: Qu'est-ce que c'est une nation? Paris, 1882, 7. Dt.: Was ist eine Nation? In: M. Jeismann/H. Ritter: Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus. Leipzig, 1993.

11 Zu den Einzelheiten der beiden Modelle wie auch zum jeweiligen historischen Kontext siehe vor allem R. Brubaker: Citizenship and Nationhood in France and Germany. Cambridge 1992; siehe auch M. A. Klein: Zu einer Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Eine kritische Betrachtung unter Einbeziehung Frankreichs. Frankfurt/M. 1997.

12 Siehe dazu L. Hoffmann: Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge – Aktualität und Entstehungsgeschichte. Köln,1994. Ders.: Wer wir sind und wer zu uns gehört. Die Nation eines Einwanderungslandes. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2001, Bonn.

13 Vgl. E. Francis: Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie. Berlin 1965. Zur Unterscheidung von „Staatsbürgernation" und „Volksnation" vgl. M. R. Lepsius: Nation und Nationalismus in Deutschland. In: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990. Dazu auch G.Eley: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. 2. Aufl., Münster 1996.

14 Dazu R. Eckert (Hg.): Wiederkehr des „Volksgeistes"? Ethnizität, Konflikt und politische Bewältigung. Opladen, 1998 (Einleitung).

15 In vielen Entwicklungsländern fehlten von Anfang an Vorraussetzungen des Nationalismus schon deshalb, weil die Kolonialmächte die Grenzen ganz willkürlich gezogen hatten, so dass der Nationalismus im wesentlichen eine Sache intellektueller Eliten war. Vgl. auch M.R. Krätke: Globlisierung und die Ohnmacht der Nationen. In: Widerspruch H. 38, Globalisierung und Widerstand, Zürich, 1999/2000.

16 Vgl. Ausführlich dazu D.Heither/G.Wiegel: Die Stolzdeutschen. Köln 2001.

Ulrike Jureit (Hrsg.)

Politische Kollektive

Die Konstruktion nationaler, rassischer und ethnischer Gemeinschaften

2001 – 267 Seiten – DM 48,50 – ab 1.1.2002: EURO 24,80 – ISBN 3-89691-509-6

Europäische und außereuropäische Konflikte widerlegen die Annahme, nationale, rassische und ethnische Gruppenbildungsprozesse seien in der Moderne bedeutungslos geworden. Vielmehr verweisen die aktuellen Entwicklungen darauf, dass politische Kollektivität immer wieder variiert, umgedeutet und kommunikativ neu ausgehandelt wird. Das Buch geht der Frage nach, wie das Schlagwort von der „Erfindung der Nation" konkretisiert und analytisch nutzbar gemacht werden kann.

Es schreiben u.a. Peter Berghoff, Ulrich Bielefeld, Christian Geulen, Svenja Goltermann, Dagmar Günther, Philipp Sarasin, Jakob Tanner.

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020

E-mail: info@dampfboot-verlag.de · http://www.dampfboot-verlag.de